

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,  
Dresdner Str. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Rethen

Postfachkonto: Dresden 168.  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 294.

Sonnabend, 19. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Voten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beize (5 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Retikelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertiger von Drucksachen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlagsort: Riesa. Verleger: Wilhelm Dittrich, Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Feuer in der Mandschurei.

Es ist nicht mehr zu verkennen, der Stein der Entwicklung in China kommt immer schneller ins Rollen. Was jetzt hier Japan vorgezogen, sich streng in dem ganzen Streit passiv zu verhalten und sich mit der Rolle des Hülfes aber aufmerksamen Beobachters zu begnügen. Der Einsatz der japanischen Truppen in Rußland und die Besitzergreifung der Stadt lassen erkennen, daß man nun in Tokio den Zeitpunkt für gekommen erachtet, handelnd einzutreten. Die japanische Regierung ist sich durchaus bewußt, daß sie mit ihrem Vorgehen ein sehr gefährliches Spiel beginnt, dessen Ausgang sehr zweifelhaft sein kann. Die Behörden in Tokio versuchen daher auch alles, um dem neuen Schritt jede Spitze zu nehmen. So suchen sie zu beweisen, daß ihr Vorgehen sich keinesfalls auf Aggressionspläne stütze, daß sie vielmehr nur versuchen wollten, ihr weisförmiges Recht und ihre Interessen, die sie bedroht fühlen, zu verteidigen. Die japanische Auffassung läßt sich verteidigen, die japanische Auffassung läßt sich verteidigen. Die japanische Auffassung ist sich durchaus bewußt, daß sie mit ihrem Vorgehen ein sehr gefährliches Spiel beginnt, dessen Ausgang sehr zweifelhaft sein kann. Die Behörden in Tokio versuchen daher auch alles, um dem neuen Schritt jede Spitze zu nehmen. So suchen sie zu beweisen, daß ihr Vorgehen sich keinesfalls auf Aggressionspläne stütze, daß sie vielmehr nur versuchen wollten, ihr weisförmiges Recht und ihre Interessen, die sie bedroht fühlen, zu verteidigen.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen im fernem Osten gewinnt ein Vorstoß der Londoner "Daily Mail", der dahin geht, Japan ein Mandat der Mächte über die Mandschurei zu geben, eine erhöhte Bedeutung. Man sieht in London zwar durchaus ein, daß ein solches Mandat Japan natürlich kommerzielle Vorteile bringen würde. Aber die Kriegslage in China und die Wirrwarr hätten sich zu gegeneinander, daß, wenn nicht Ruße geschaffen würde, der Handel aller fremden Länder mit der Mandschurei überhaupt aufhören müßte. Ein recht bedeutender Vorstoß, ein echt englischer Vorstoß. Man sieht in London ein, daß man unter Umständen bei der weiteren Fortentwicklung der erregten Verhältnisse bedauerliche Handelsverluste erleiden könnte. Man ist aber durchaus nicht geneigt, in London selbst die Sache in die Hand zu nehmen, um all die ändernden Momente zu beseitigen. Nein, man sucht wieder nach dem "Continentalbezug", der die Angelegenheit für England ohne jedes Risiko für England besorgen soll. Mit anderen Worten: Japan soll die Kasernen für London aus dem Feuer holen.

Und Rußland, wie verhält sich Rußland zu dieser erneuten Juxtaposition der Dinge? Man kann vielleicht auf einem Zeitartikel der "Iswestija" manche Rückschlüsse auf die Stimmung in Moskau ziehen. Das Blatt beschwört Japan, den Untergang Tschangfollins und der chinesischen Reaktion anzuerkennen und von aggressiven Plänen im Osten Abstand zu nehmen. Es betont ausdrücklich, daß all die englischen Meldungen, die von einem Eingreifen der Sowjetunion in die chinesischen Verhältnisse sprechen, völlig unbegründet seien. Japan wird dann genau vor Augen gestellt, wie schwierig der Kampf sein würde, und wie sehr es seine militärischen Kräfte anstrengen müßte, wenn es sich bereit finden würde, den besiegten Tschangfollin zu unterstützen. Es wird weiter auf das Beispiel der Sowjetunion hingewiesen, die die ungleichen Verträge abgeschlossen habe, eine Tat, die keineswegs die wirtschaftlichen Interessen Rußlands geschädigt habe. Die gemeinsame Verwaltung der chinesischen Eisenbahn habe beste Erfolge gezeigt und China gleich der Sowjetunion Vorteile gebracht.

Würde man aus dieser Blätterstimmung — und es liegt kein Grund vor, es nicht zu tun, — die Stimmung Rußlands errichten, so könnte sie dahin umfassen werden, daß Rußland erstens den wahren Trutzfeind, England erkannt hat, zweitens Japan von dem Untergang des Sturmes Tschangfollins überzeugen will und drittens den Versuch macht, Japan einem neuen China und auch der Sowjetunion anzunähern. Man wäre demnach in Moskau bereit, eine neue Basis zu schaffen, die neuen Machtverhältnissen entspricht. Es wird interessant sein, festzustellen, ob diese zur Zeit allerdings noch schwach erkennbare Moskauer Umorientierung in Tokio einen Wiederhall findet. An und für sich würde eine Annäherung der beiden Interessensmächte Japan und Rußland in dieser Frage den Konflikt in der Mandschurei etwas reinigen. Schon aus diesem Grunde dünkt uns der Moskauer Vorstoß nicht als zu unverantwortlich.

## Weitere Hoffnungen auf die Große Koalition.

Berlin. Trotz des Scheiterns der Bemühungen des demokratischen Parteiführers Dr. Koch haben die Demokraten die Hoffnungen auf ein nachträgliches Inkrafttreten einer Regierung der Großen Koalition nicht aufgegeben. Wie wir hören, werden nach den Weihnachtstagen zwischen den demokratischen und sozialdemokratischen Parteiführern Verhandlungen stattfinden, bei denen die Frage geprüft werden wird, inwieweit die Sozialdemokratie bereit ist, die Verhandlungen über die Große Koalition wieder aufzunehmen. Neuerdings ist das Gerücht verbreitet, daß das Zentrum und die Demokraten bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Rabinetsbildung dem Reichspräsidenten von Hindenburg dringend erlauben wollen, noch einen weiteren Versuch mit der Großen Koalition zu machen, und zwar will man diesmal auf dem Wege unverbindlicher Vorbesprechungen ein neues Programm aufstellen, auf dessen Grundlage die Verhandlungen mit den Parteiführern wieder aufgenommen werden könnten. Die Demokraten erinnern daran, daß die Sozialdemokraten nicht die Große Koalition als solche, sondern lediglich die bisher unter Dr. Koch geführten Verhandlungen als ungeeignete Grundlage zugewiesen hätten. Realistischerweise werde sich das Zentrum bereit erklären, diesmal einen Zentrumsführer in Front zu schicken, der dem Reichspräsidenten zur Betragung vorgeschlagen werden soll.

## Einladung zur Abrüstungskonferenz in Genf.

Genf. Das Generalsekretariat des Völkerbundes teilt den Text der an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Deutschlands und der Union der Sowjetrepubliken gerichteten Einladung mit, in der die angeforderten Bedingungen, sich in der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz, welche am 15. Februar 1926 in Genf zusammentreten soll, vertreten zu lassen. Die Aufgabe dieser Kommission, so heißt es in der Einladung, wird darin bestehen, eine Abrüstungskonferenz vorzubereiten, deren Einberufung auf einen möglichst nahen Zeitpunkt vorgesehen ist. Sodann wird das bereits bekannte Programm der Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz angegeben. Das Schreiben fährt dann fort: "Die lange sorgfältigen Studien, die der Völkerbundsrat der Abrüstungsfrage gewidmet hat, haben ihn zu dem einstimmigen Schluß geführt, daß angeht die politischen, wirtschaftlichen und technischen Verwicklungen der Probleme, die sie aufwirft, diese Frage nur dann mit fester Aussicht auf das Zustandekommen einer vollständigen Lösung behandelt werden kann, wenn sie in ihrer Gesamtheit und in der Zusammenarbeit aller Nationen betrachtet wird. Die Probleme, die geprüft werden sollen, beziehen sich auf alle Seiten des Abrüstungsproblems und geben alle Nationen der Welt an. Nach Ansicht des Rates müssen die Methoden und die Organisationen, welche eine Fortführung dieses Studiums erlauben, ebenso einen unverrückten Charakter tragen. Der Rat ist der Meinung, daß der Augenblick gekommen ist, in dem die praktischen Möglichkeiten geprüft werden sollten, wie die Rationen unter der Leitung und Verantwortlichkeit der Regierungen herabgesetzt und beschränkt werden können. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß in dem Augenblick, in dem alle Nationen der Welt diese gemeinsame Notwendigkeit einsehen, es möglich sein wird, auf die volle Mitarbeit der interessierten Regierungen an einem Werk zu zählen zu können, das in hohem Maße den Weltfrieden berührt." Die vom 12. Dezember datierte Einladung ist von dem gegenwärtigen Ratspräsidenten Scialoja unterzeichnet.

## Maßnahmen der Regierung zur Hebung der Not der Landwirtschaft.

Vom Sächsischen Landtag wird uns mitgeteilt: Am Dienstag, den 15. Dezember, empfing der Ministerpräsident im Gegenwart des Wirtschaftsministers und des Finanzministers eine Abordnung des Sächsischen Landtages. Der Vorsitzende des Landtages, Rittergutsbesitzer Pagenstecher, legte an Hand einer Denkschrift nochmals die dringende Notlage der Landwirtschaft dar, die sofortige Hilfe verlange, wenn überhaupt die landwirtschaftlichen Betriebe im kommenden Jahr aufrechterhalten werden sollen. Die Vertreter der Regierung betonten mehrfach, daß sie über die Notlage der Landwirtschaft vollkommen unterrichtet und bereit seien, Maßnahmen zu ergreifen, um die Aufrechterhaltung der Betriebe zu ermöglichen. Um den Steuerdruck, der in so außerordentlichem Maße die Landwirtschaft belastet, herabzumindern, soll, wie schon berichtet, die Jagdsteuer demnächst fortfallen, ein entsprechender Gesetzentwurf für die anderweitige Ausblassung der Mittel zum Beschein wird in Kürze dem Landtag ausgehen. Ferner wurde das Eintreten der Regierung für die Beilegung der Gewerbesteuer ausgesetzt. Wenn auch ein genereller Erlass von Steuern nicht möglich ist, da die Erträge zur Beilegung der Staatsausgaben gebraucht werden und gesetzlich festgelegt sind, so sollen doch Stundungsgeldscheine, soweit es irgend möglich, berücksichtigt werden. Besonders eingehend wurde die Notlage der Gebirgsgegenden besprochen. Der Finanzminister erklärte sich bereit, die am 31. Dezember fälligen Beträge des Notkreditfonds allgemein zu sünden und die anderen Rückstellungen unter Berücksichtigung der Notlage der Landwirtschaft neu zu reeln.

Der Wirtschaftsminister teilte mit, daß die Regierung beabsichtige, von dem Landtage die Zustimmung zu erlangen, daß von den im Vorjahre nicht verbrauchten Notkreditmitteln nochmals Kredite an die Landwirtschaft in den Gebirgsgegenden zu mäßigem Zinsfuß auf drei Jahre gegeben werden können, um die Umwälzung der Betriebe auf eine neuzeitliche Grünlandwirtschaft zu erleichtern. Um die Möglichkeit der Umwälzung der sonstigen drückenden kurzfristigen Kredite in langfristige Hypothekendarlehen zu erleichtern, hat das Finanzministerium nach Maßgabe der vorhandenen Mittel Hypothekendarlehen gekauft. Im übrigen erklärt sich die Regierung bereit, alle die Maßnahmen der Reichsregierung zu unterstützen, die geeignet erscheinen, die Not der Landwirtschaft zu beheben.

## Geplanter Ausnahmezustand?

Berlin. Ein linksradikales Berliner Abendblatt glaubte mitteilen zu können, daß das Reichswehrministerium mit Vertretern der Reichswehrkommandos Besprechungen über die Verhängung des Ausnahmezustandes zur Abwendung drohender Feuersturm- und Erwerbslosen-Nutzen abgehalten habe. Zu dieser Mitteilung und ähnlichen in Berlin in Umlauf befindlichen Gerüchten will die Weisförmige Zeitung folgendes bemerken können: Im Reichsministerium des Innern, das gegenwärtig vom Reichswehrminister verwaltet wird, haben tatsächlich Ermüßigungen über die Verhängung des Ausnahmezustandes im Falle aufstrebender Unruhen gewahrt. Das Reichsministerium des Innern hat sich auf Anregung des Reichswehrministers für die öffentliche Ordnung, Robert Auzner, mit den Landesregierungen darüber in Verbindung gesetzt. Die preussische Regierung hat als die für Ruhe und Ordnung im größten Lande des Deutschen Reiches verantwortliche eine durchaus absehbare Antwort erteilt. Das Reichsministerium des Innern hat darauf den Plan fallen lassen. Die Richtigkeit vorstehender Angaben, deren Nachprüfung im späteren Nachhinein nicht möglich war, bleibt dem oben genannten Blatte überlassen.

## Seine Ermüßigungen über Verhängung d. Ausnahmezustandes

Berlin. (Zusatzdruck.) Die Weisförmige Zeitung behauptet, daß im Reichsministerium des Innern Ermüßigungen über die Verhängung des Ausnahmezustandes stattgefunden hätten. Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, ist daran kein wahres Wort. Insbesondere ist es unzutreffend, daß der Reichskommissar für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung in irgend einer Form Anregung hierzu gegeben und das Reichsministerium des Innern sich dieserhalb mit den Landesregierungen in Verbindung gesetzt habe.

## Zu den Ständaltzen im Landtag.

Dresden. Zu den gestern gemeldeten Ständaltzen im sächsischen Landtag erzählt die sozialdemokratische Dresdener Volkszeitung noch folgende niedliche Einzelheiten: "Die Gemächlein des Herrn Bötcher wird ins rechte Licht gerückt durch Vorgänge, die sich am Tage vorher im Justizministerium abgespielt haben. Dort erschienen die Kommunisten mit den 26 Frauen inhaftierter Arbeiter, um dem Minister Bürger bestimmte Forderungen zu unterbreiten. Justizminister Bürger sagte zu, sich der vorgetragenen Fälle loyal anzunehmen. Schon schien man geneigt, die Verhandlung zu verlassen, als plötzlich zwei Frauen inhaftierter Arbeiter sehr energisch die sofortige Freilassung ihrer Männer verlangten. Die beiden Fälle wurden sofort nachgeprüft, und da stellte es sich heraus, daß die angeblichen "Ehemänner" dieser Frauen längst aus der Welt entlassen sind, und daß man also nur vorgeschobene Frauen vor sich hatte, deren Männer sich überhaupt nicht in Haft befinden. Im übrigen ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Kommunisten mit einigen Frauen inhaftierter Arbeiter am Abend vorher bereits einen sehr vergnügten Abend in Dresden verbracht haben und einige Frauen in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag im Fraktionszimmer der SPD im Landtag geschlafen haben, während die übrigen Frauen in einem Hotel untergebracht waren." — Das Ständehaus als Nachtstall ist eine durchaus moderne Erzeugnis! Wir müssen natürlich der "Dresdener Volkszeitung" die Verantwortung für dieses nette Fährchen überlassen.

## Lärmjagen im Brager Senat.

### Die Regierungserklärung.

Brag. In der Regierungserklärung, die der Ministerpräsident gestern im Abgeordnetenhaus abgab, wird ein ausführliches Arbeitsprogramm entworfen, in dem alle Gebiete des innerstaatlichen Lebens berührt werden. Bei der Eröffnung des Senats ereigneten sich ebenfalls Lärmjagen. Senha gab dieselbe Regierungserklärung wie im Abgeordnetenhaus ab. Auch hier gab die deutsche Nationalpartei dieselbe Erklärung wie im Abgeordnetenhaus ab. Die übrigen Parteien hielten gleichfalls programmatische Forderungen. Gegen 9 Uhr abends kürzten die Oppositionsparteien anlässlich einer Abstimmung, bei der sie die Mehrheit hatten, das Ergebnis aber unrichtig verkündet wurde, auf die Präsidententribüne los, wobei es ahermals zu schweren Aufrührern kam, in deren Verlauf mehrere Koalitionsabgeordnete mißhandelt wurden. Die Sitzungen dauern zur Zeit an. Wahrscheinlich dürften die beiden Häuser bis Sonntag früh in Dauereröffnung bleiben. Für diesen Fall beschließen die Oppositionsparteien ihre Haltung an zu verläßern.